

„Fünf heftige Jahre vor uns“

CORONAKRISE Landrat Becker über die wirtschaftlichen Folgen

Schwalm-Eder – Ein düsteres Bild zeichnet Landrat Winfried Becker, wenn es um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise für den Schwalm-Eder-Kreis geht. Die finanziellen Folgen würden sich in fast jeder Hinsicht auswirken, so Becker. Allein das Geld für die Soforthilfeprogramme, die aufgelegt wurden, müsse irgendwoher kommen. Das werde zwangsläufig auch die kommunale Ebene treffen.

„Wirtschaftlich werden uns die Folgen sicher ein ganzes Jahrzehnt beschäftigen“, sagt Becker. Und weiter: „Wir haben fünf heftige Jahre vor uns. Danach werden wir weitere fünf Jahre brauchen, um wieder auf ein normales Level zu gelangen.“ So lautet nicht nur seine Prognose, sondern auch die des Ersten Kreisbeigeordneten Jürgen Kaufmann und des Kämmerers des Landkreises, Rainer Fritsch.

Die Spielräume seien schon vor Corona enger als in den Vorjahren gewesen, deshalb rechnete der Landrat bei der Einbringung des Doppelhaushalts 2020/21 auch mit deutlich niedrigeren Überschüssen. Die Sitzung fand vorige Woche in der Homberger Stadthalle statt, je Fraktion war nur ein Vertreter anwesend. Becker räumt ein, dass die Haushaltseinbringung noch ein Klagelied auf hohem Niveau gewesen sei. „Wir stehen wirtschaftlich momentan noch sehr gut da. Das wird uns helfen, die Corona-Auswirkungen besser zu verkraften.“ Überhaupt werde den Landkreis die ganze Wucht der wirtschaftlichen Coronafolgen verzögert treffen. Als Erstes sei die kommunale Familie dran – die Städte und Gemeinden. „Sie spüren es zuerst, wenn keine Gewerbesteuer mehr reinkommt“, sagt Becker. Eine Kommune im Landkreis zahle bereits keine Kreisumlage mehr, weil ihr durch die Coronakrise die Liquidität fehle. Trotz der zu erwartenden Einschnitte wolle er aber nicht bei den Investitionen im Bildungsbereich, bei den Schwimmbädern, im Straßenbau und beim Breitbandausbau nachlassen. Auch am Neubau im Behördenzentrum wolle man festhalten. Man dürfe nicht am falschen Ende sparen und müsse aber bei Investitionen mit bescheideneren Planungen auskommen. Foto: Kreis → SEITE 2

Samstag, 18. April 2020, Fritzlar-Homberger Allgemeine / Lokales

„Wir wissen nur, es wird weh tun“

INTERVIEW - Wirtschaftliche Folgen der Coronakrise für den Landkreis

VON MAJA YÜCE



Rainer Fritsch Kämmerer

Schwalm-Eder – Schon jetzt sind für den Schwalm-Eder-Kreis wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise zu spüren. Landrat Winfried Becker, der Erste Kreisbeigeordnete Jürgen Kaufmann und Kämmerer Rainer Fritsch sind sicher: „Die großen Brocken erreichen uns erst noch“. Ein Interview zum Doppelhaushalt 2020/21 und die finanziellen Folgen der Coronakrise.

Gerade erst wurde der Haushalt 2020/2021 eingebracht. Erstellt wurde der vor der Coronakrise. Muss der nicht jetzt schon überarbeitet werden?

Winfried Becker: Natürlich wird die Coronakrise auch bei uns erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen haben. Aber es kann noch keiner sagen, wie die genau aussehen werden. Fest steht: Es wird sich nicht zu knapp auswirken. Allein das Geld für die Soforthilfeprogramme, die aufgelegt wurden, muss irgendwo herkommen. Das wird zwangsläufig auch die kommunale Ebene treffen.

Wann war Ihnen klar, dass sich die Kreisfinanzen durch die Coronakrise massiv verändern?

Becker: Wenn man Veranstaltungen runterfährt und Kontaktsperrungen verordnet, ist klar, dass das öffentliche Leben und damit auch die Wirtschaft eingeschränkt werden. Am 28. Februar gab es in Hessen im Lahn-Dill-Kreis den ersten Coronafall. Spätestens da ist allen klar geworden, das Virus bleibt nicht in Südtirol und Bayern.

Jürgen Kaufmann: Wenn man heute überlegt, wie sorglos wir alle zu Anfang, in der Woche nach Karneval, noch damit umgegangen sind, obwohl wir wussten, dass da etwas auf uns zukommt. Doch keiner konnte ahnen, in welchem Ausmaß sich das abspielen wird. Heute, acht Wochen später, kann man das gesamte Ausmaß auch noch nicht abschätzen. Wir wissen nur, es wird weh tun.

Der Deutsche Landkreistag geht von 18 Milliarden Euro weniger in den Kassen aus – allein 12 Milliarden Euro durch Gewerbesteuer ausfälle. Spürt man diese Auswirkungen jetzt schon im Landkreis?

Becker: Die Städte und Gemeinden sind jetzt schon davon betroffen, weil die Steuereinnahmen wegbrechen - insbesondere die Gewerbesteuerereinnahmen. Ihre Liquidität leidet unter der Coronakrise. Es gibt bereits eine Kommune, die uns jetzt erst mal keine Kreisumlage zahlt, weil die Einnahmen fehlen.

Rainer Fritsch: Es brechen ihnen nicht nur die Gewerbesteuerereinnahmen weg. Sie müssen gegebenenfalls die für das erste Quartal 2020 bereits erhaltenen Erträge zurückzahlen – das belastet die Liquidität zusätzlich enorm.

Kann der Landkreis da überhaupt gegensteuern?

Becker: Wir haben schon das Signal gegeben, dass der Schwalm-Eder-Kreis seine niedrige Kreisumlage – es ist die niedrigste in Hessen – und auch die Höhe der Schulumlage beibehält, um die Städte und Gemeinden entsprechend zu entlasten.

Experten sagen, die Coronakrise schlage jetzt schon härter zu als die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Becker: Wirtschaftlich wird sie uns heftig treffen. Aber mir ist es noch zu früh, um einen Vergleich zu ziehen. Wir werden sicherlich in unserem Kommunalhaushalt nachsteuern müssen. Aber das machen wir, wenn wir die Folgen klarer absehen.

Ziel ist der Dreiklang: die Senkung der Kreis- und Schulumlage, Förderung über Kreisausgleichsstock und Aufbau der Liquiditätsrücklage. Wird das noch möglich sein?

Becker: Das haben wir so vorgesehen. Es wird keine Erhöhungen der Kreis- und Schulumlage für 2020 geben und für 2021 ist es so geplant. Ob das haltbar sein wird, werden wir im laufenden Jahr sehen. Alles Weitere können wir momentan so erfüllen. Aber: Wir können nur von einer Momentaufnahme reden. Wir fahren jetzt auf Sicht.

Wie war die Entwicklung der Konjunktur vor der Krise und welche Auswirkungen sind zu erwarten?

Becker: Die Spielräume wurden schon vor Corona enger, die Konjunktur hatte sich eingetrübt. Uns als Kreis werden die Auswirkungen der Krise später treffen. Als Erstes ist die kommunale Familie – die Städte und Gemeinden – betroffen. Sie spüren es zuerst, wenn keine Gewerbesteuer mehr reinkommt.

Wird man nach Corona nur noch im Krisenbewältigungsmodus fahren?

Becker: Ich gehe davon aus, dass es ein ganzes Jahrzehnt dauert, bis die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise überwunden sind. Die nächsten fünf Jahre werden heftig. Und es wird vermutlich weitere fünf Jahre dauern, um wieder auf ein normales Level zu gelangen.

Muss auf geplante Investitionen verzichtet werden?

Becker: Wir bauen vor, soweit es eben geht. Aber wir wollen bei unseren Investitionen in den Bildungsbereich nicht nachlassen. Was uns Corona auch deutlich zeigt, ist, dass wir uns digital noch besser aufstellen müssen – im Bereich der digitalen Bildung, also beim Digitalpakt. Hätten wir den Breitbandausbau Nordhessen nicht so weit vorangetrieben, wären die momentan großen Themen Homeoffice und Lernangebote für Schüler via Internet so nicht möglich. Auch da müssen wir weitermachen.

Kaufmann: Auch Investitionen in die Straßeninfrastruktur müssen wir fortsetzen, sonst bürden wir das der Zukunft auf. Wir dürfen nicht an den falschen Stellen sparen.

Und wie steht es um die Sanierung der Bäder und den 13-Millionen-Neubau im Behördenzentrum?

Becker: Vielleicht müssen wir als Folge der Coronakrise über den Umfang mancher Maßnahme reden. Manchmal kann man sicher auch mit bescheideneren Dingen bei der Investition auskommen. Aber vom Grundsatz her stehen auch diese Investitionen nicht zur Diskussion. Außerdem haben wir bei den angesprochenen Ausgabe-positionen nicht einfach aus dem Vollen geschöpft, sondern mit Augenmaß geplant.

Thema Schulden: In der Finanzkrise mussten Kassenkredite aufgenommen werden, um liquide zu bleiben – wird dieser Betrag wieder steigen?

Kaufmann: Kassenkredite sind ein süßes Gift, sie müssen zurückgezahlt werden und schränken die Handlungsfähigkeit ein. Und gerade, wenn sich mittelfristig die Zinssituation ändern sollte, würde das die kommunalen Haushalte sehr belasten. Klar ist, dass die Städte, Gemeinden und Kreise am dichtesten an den Bürgern sind. Sie müssen die Infrastruktur vorhalten und Serviceleistungen erbringen. Deswegen brauchen wir einen finanziellen Ausgleich und Spielräume. Das wird nicht ohne Kredite gehen, aber wir brauchen einen neuen Ausgleich. Würde nur auf Kredite gesetzt, wäre das für einige Kommunen der Untergang.

Es gibt bereits von Städten und Kreisen die Forderung nach staatlichen Hilfen, um die Handlungsfähigkeit zu sichern. Wie steht der Landkreis dazu?

Becker: Vom Grundsatz her können wir uns dem anschließen. In Hessen kritisieren die Städte, Gemeinden und Landkreise seit Langem, dass wir bei den Aufgaben, die wir haben und die auch permanent neu hinzukommen, unterfinanziert sind – das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und die Kosten für die Kinderbetreuung sind nur zwei Beispiele. Natürlich muss es nach Corona neue Finanzbeziehungen geben – zwischen Bund, Ländern und der kommunalen Familie.

Kaufmann: Werden von Bund und Land Vorgaben gemacht, muss die kommunale Ebene auch die entsprechenden Ausgleichsmittel bekommen.

Es gibt Bereiche, bei denen schon Auswirkungen zu spüren sind: Einnahmen brechen weg, etwa beim Wildpark. Welche Bereiche sind noch betroffen?

Kaufmann: Auch beim Unterhaltsvorschussgesetz spüren wir ganz deutlich die ersten Auswirkungen. Dadurch, dass Menschen nicht mehr so arbeiten und das Einkommen erzielen wie in der Vergangenheit, geraten sie unter Druck. Dann können manche ihren Unterhalt nicht mehr leisten. Wir gehen dann in Vorleistung, weil sie es unverschuldet nicht mehr können. Wir rechnen im Moment mit etwa 700 zusätzlichen Fällen. Das würde zu etwa zwei Millionen Euro Mehraufwand führen. Wir schießen nicht nur das Geld vor, wir müssen da auch personell vorübergehend umschichten.

Becker: Unsere Freizeiteinrichtung auf Sylt und das Buchenhaus sind zu. Die Fixkosten laufen weiter, es kommen keine Einnahmen rein. Aber: Die richtig großen Brocken erreichen uns erst noch.